

Wir lehnen Netzsperrern sowie das Durchleuchten und Filtern von Inhalten ab. Auch die Vorratsdatenspeicherung darf nicht wieder eingeführt werden, denn Statistiken zeigen, dass mit diesen Mitteln keine Verbesserung bei der Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten erreicht wird. Stattdessen beschränken sie Freiheitsrechte und sind Schritte auf dem Weg zu Zensur und Überwachungsstaat. Das wollen wir verhindern, denn das Netz soll die freie Entfaltung der Menschen befördern können.

Demokratie und Grundrechte im Netz

50 Millionen Deutsche gehen inzwischen regelmäßig ins Internet. Als Kommunikationsmittel ermöglicht das Netz eine Form der freien Meinungsäußerung, die es nie zuvor gegeben hat. Jede und Jeder

NOCH FRAGEN?



Katharina König

Netzpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE
im Thüringer Landtag

Telefon: 0361 - 377 2380
Email: koenig@die-linke-thl.de
www.haskala.de
www.facebook.com/katharinakoenig
www.twitter.com/KatharinaKoenig



André Blechschmidt

Medienpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE
im Thüringer Landtag

Telefon: 0361 - 377 2259
Email: blechschmidt@die-linke-thl.de
www.blechschmidt-andre.de

kann dieses Medium nutzen. Online findet man politische Gruppen in seiner Nähe, diskutiert in Foren oder verabredet sich zu Demonstrationen. Blogger bieten Meinungsforen und Plattformen wie Wikileaks decken Sauereien der Mächtigen auf.

Wie jedes Kommunikationsmittel birgt auch das Internet die Gefahr von Missbrauch und Straftaten. Es steht außer Frage, dass auch dort Gesetze gelten müssen, die in der Offline-Welt Anwendung finden. Es darf aber nicht dazu kommen, dass von der Politik Ängste missbraucht werden, um Grund- und Freiheitsrechte zu beschneiden und abzubauen. Netzsperrern und Vorratsdatenspeicherung bringen kein Mehr an Sicherheit. Aber sie gefährden die Freiheit.

DIE LINKE fordert:

- Verbot staatlicher Schnüffelsoftware
- Keine präventive Datensammelerei – gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung
- Netzneutralität garantieren
- Urheberrecht grundsätzlich im Sinne von Kreativen und Verbrauchern reformieren
- Informationelle Selbstbestimmung und Grundrechte wie das Brief- und Postgeheimnis müssen auch im Internet garantiert werden
- Medienkompetenzförderung mit Angeboten für alle Altersgruppen nachhaltig ausbauen
- Breitbandausbau schneller vorantreiben und Zugang für alle sichern

Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag
V.i.S.d.P. Olaf Weichler
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Tel: 0361 3772295; Fax: 0361 3772416
E-Mail: fraktion@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de

Digitale Grundrechte garantieren

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Für mehr Netzdemokratie statt Überwachung und Zensur



DIE LINKE auf einer "Freiheit statt Angst"-Demo in Berlin. Freiheit und Sozialismus statt Big Brother & Co.

Foto: Halina Wawzyniak

Netz für alle – Zugangsfreiheit und Netzneutralität sichern

DIE LINKE im Thüringer Landtag setzt sich für einen Ausbau der Netzinfrastruktur im Freistaat ein und zwar in allen Ecken des Landes. Die weißen Flecken auf der Internetlandkarte müssen verschwinden, aber auch bestehende Netze müssen ausgebaut und verbessert werden. Schnelles Internet gehört zur Grundversorgung für alle, denn ohne Netzzugang sind Menschen heute von vielen Prozessen ausgeschlossen. Das Internet kann demokratisches Instrument sein, wenn ein freier Zugang gewährleistet wird.

Netz für alle heißt aber nicht nur, den Breitbandausbau voranzutreiben. Es geht darum, die Freiheit des Wissens in der digitalen Welt zu verteidigen. Das System der offenen Informationsbereitstellung stößt zunehmend auf den Widerstand von privatwirtschaftlichen Geschäfts- und staatlichen Kontrollinteressen. Es soll Beschränkungen unterworfen werden und die Netzneutralität – die Garantie, dass alle Daten in der gleichen Geschwindigkeit durch das Netz geleitet werden – ist in Gefahr.

Medienkompetenz statt JMStV

Um das Netz als demokratisches Instrument nutzen zu können, brauchen die Menschen Kenntnisse über digitale Kommunikationsprozesse. DIE LINKE im Thüringer Landtag fordert Medienbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen, die unabhängig von Alter und sozialer Lage zur Verfügung stehen müssen. Hier sollte die Arbeit der Landesmedienanstalt weiter gefördert und auch das Weiterbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher ausgebaut werden. Von klein auf sollen alle in die Lage versetzt werden, analytische Fähigkeiten zu entwickeln, um digitale Medien nutzen, verstehen und kritisch bewerten zu können. Eine patriarchal gedachte Verbots- und Bewahrpädagogik, die auf Basis eines repressiv verstandenen Jugendschutzes Medienumgang zu beschränken versucht, ist nicht im Sinne eines emanzipatorischen Menschenbildes – dies lehnt DIE LINKE ab.

Weil die Vermittlung von Medienkompetenz effizienter ist als jegliche Verbote, hat DIE LINKE im Thüringer Landtag als einzige Fraktion nicht für den Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV) gestimmt. Dieser Staatsvertrag geht weder auf die rasante technische Entwicklung und die damit verbundene Nutzung ein, noch zeigt er eine festgeschriebene praktikable Form des Schutzes. Sein Scheitern war folgerichtig und anstatt einer Neuaufgabe bräuchte es einen Medienkompetenzstaatsvertrag.

Datensparsamkeit statt Vorratsdatenspeicherung

Weil Informationen immer wertvoller werden, wird Datenschutz immer wichtiger. Um Missbrauch vorzubeugen, muss Datensparsamkeit oberstes Gebot für Landes- und Kommunalverwaltung sein. Zugleich muss sich Thüringen über den Bundesrat gegen jede Form von repressiver Kontrolle des Internets einsetzen.

Beispiele für linke Netzpolitik

1. Freiheit des Netzes sichern – ACTA stoppen

ACTA – das Handelsabkommen über Produkt- und Markenpiraterie – würde bei seiner Ratifizierung zu einer Überwachung des Internetverkehrs durch die Provider führen. Es käme damit zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Dritte, denn Acta fordert von Internet-Providern die Überwachung ihrer Netzwerke UND Offenlegung persönlicher Daten von angeblichen Rechtsverletzern. Das Abkommen wurde intransparent und undemokratisch unter Ausschluss der meisten Entwicklungsländer und der Öffentlichkeit verhandelt. Deshalb muss ACTA gestoppt werden. Darüber hinaus sollte Thüringen sich in die Diskussionsprozesse über die Zukunft des Urheberrechts einbringen. Urheberrecht muss zuallererst den Kreativen, den Kulturschaffenden ermöglichen, von ihrer Arbeit leben zu können. Die Verbreitung von Kultur darf zudem nicht kriminalisiert werden.



www.die-linke-thl.de/acta

2. Grundrechte garantieren – „Bundestrojaner“ abschalten

Die Linksfraktion teilt nicht nur die öffentliche Kritik an dem bekannt gewordenen Einsatz der staatlichen Überwachungssoftware („Trojaner“), sondern kritisiert das faktische Vorhandensein derartiger Software und ebenso die gesetzlichen Grundlagen zur sogenannten Online-Überwachung. Die Fraktion hat sofort nach Bekanntwerden der Vorwürfe von der Landesregierung Aufklärung darüber gefordert, ob Thüringer Landesbehörden, z.B. das Landeskriminalamt, das Landesamt für den Verfassungsschutz oder auch Staatsanwaltschaften, derartige Software entwickelt haben. Die Antwort lautete, dass es momentan keinen solchen Einsatz gäbe. Damit das auch so bleibt, fordern wir einen grundsätzlichen Verzicht auf diese Technik.



www.die-linke-thl.de/trojaner